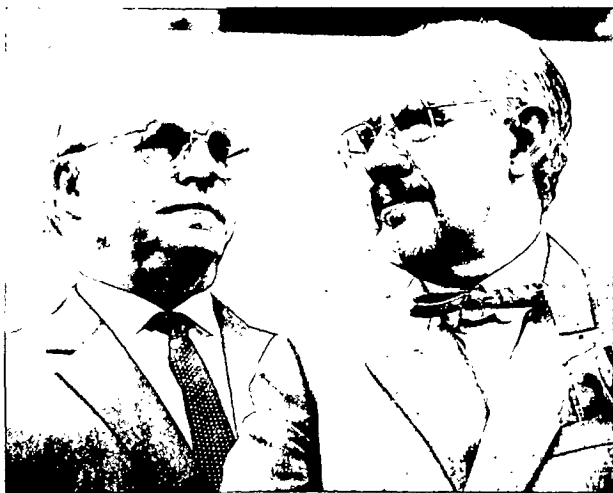


Reisen mit Hoechst

Die Affäre um den Chemieriesen Hoechst, der mit gefälschten Belegen bei der im Bundesauftrag arbeitenden Hermes-Assekuranz staatliche Versicherungsgelder in Millionenhöhe erschwindelt haben soll (SPIEGEL 39/1989), weitet sich aus. In einem „vertraulich“ gekennzeichneten „Sachstandsbericht“ vom 26. Oktober gibt die Versicherung jetzt zu, daß 1986 auch dem Sohn des Hermes-Prokuristen Werner Gierhake von Hoechst ein Auslandspraktikum finanziert wurde. Das könnte den Ermittlungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung neuen Auftrieb geben. Bisher waren von der Versicherung lediglich vier Auslandsreisen der Prokuristen-Tochter auf Hoechst-Kosten zwischen 1979 und 1982, die wegen Verjährung strafrechtlich nicht mehr von Bedeutung sind, zugegeben worden.

Probleme mit Klein

Auch mit dem vierten Regierungssprecher hat Helmut Kohl Probleme. CSU-Minister Hans („Johnny“) Klein widmete sich, so heißt es in der Bonner Regierungszentrale, zu intensiv seinen eigenen Ambitionen als Kandidat für das Münchner Oberbürgermeisteramt, fehle zu häufig im Amt wie bei Koalitionsgesprächen und kümmere sich nur unzureichend um den „Verkauf“ des Kanzlers, dessen Image demnächst wahrscheinlich eine PR-Agentur aufpolieren soll. Politische und fachliche Differenzen kommen hinzu. Der CSU-Politiker habe, so heißt es im Kanzleramt, in der brisanten Diskussion um die polnische Westgrenze zu stark die harte Position des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel vertreten. Und er vermisse dem Kanzler einen PR-trächtigen Fernsehauftritt:



Kohl, Klein

Wolf im Fahndungsbuch

Die Entwicklung in der DDR bringt Westdeutschlands obersten Ankläger in Bedrängnis. Vor viereinhalb Monaten erwirkte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann in aller Eile beim Karlsruher Bundesgerichtshof einen Haftbefehl gegen Markus („Mischka“) Wolf – nun drohen deshalb politische Verwicklungen. Jahrzehntlang hatte Wolf als Leiter der Hauptverwaltung „Aufklärung“ im Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit amtiert und vor allem die Spionage gegen die Bundesrepublik organisiert; im Februar 1987 ging der gebürtige Schwabe, letzter Dienstgrad: Generaloberst, in den Ruhestand.

Als Wolf im letzten Frühjahr Anstalten machte, zur Präsentation seines Buches „Die Troika“ in die Bundesrepublik einzureisen, leitete Rebmann gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in einem besonders schweren Fall (Höchststrafe: zehn Jahre) ein. Wolf sei „dringend ver-



Wolf

dächtig, alle von seinem Amt“ gegen Westdeutschland betriebenen „geheimdienstlichen Aktionen verantwortlich“ gesteuert zu haben. Dafür lägen nicht nur „gerichtlich abgesicherte Erkennt-

Dem Bonner ARD-Studio sollte ein Interview mit Kohl angedient werden, bei dem des Kanzlers außenpolitischer Berater Horst Teltschik Fragen und Antworten gleich vorformuliert hatte. Der Ex-Journalist Klein verhinderte das mit der Begründung, ein solches Manöver sei den ARD-Kollegen nicht zuzumuten. Der Text wurde schließlich zu einem „Exklusiv-Interview“ Anfang Oktober in *Bild* umgearbeitet („Kohl: Reformen, dann Milliarden“).

Bonnens Anti-Hacker

Mit einem neuen Sicherheitsdienst will die Bundesregierung gegen Hacker und Computer-Spione vorgehen. Unter Federführung des Bundesinnenministeriums wird derzeit ein Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik eingerichtet, das zentral über die Computersicherheit von Geheimdiensten, Ermittlungsbehörden und öffentlichen Verwaltungen in Bund und Ländern wachen soll. Vorbild für das neue Amt ist das „National Computer Security Center“ des US-Geheimdienstes NSA. Die bundesdeutsche Variante, für die im Etat 1990 des In-

nenministeriums vier neue Stellen vorgesehen sind, ist ein Ableger der „Zentralstelle für das Chiffrierwesen“, die bisher eng an Bundeskanzleramt und Bundesnachrichtendienst angebunden war.

Absurde Debatte

Die SPD-Führung fürchtet, die dramatischen Veränderungen in den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, insbesondere in der DDR, könnten den Bremer Programm-Parteitag vom 18. bis 20. Dezember überschatten. Im Gewerkschaftsrat warnte kürzlich der nordrhein-westfälische Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann, es sei „absurd“, angesichts „atemberaubender Umbrüche im Osten“ auf dem Parteitag „irgendwelche Silbenstechereien“ über ein Grundsatzprogramm zu veranstalten. Die Sozialdemokraten fanden eine Lösung: Der Parteitag beginnt einen Tag früher als geplant mit einer deutsch-deutschen Podiumsdiskussion, an der auch die SDP, das „Neue Forum“ und andere DDR-Gruppen teilnehmen sollen.

Brüsseler Flaschen-Streit

Ausgerechnet der deutsche EG-Kommissar Martin Bangemann will an diesem Mittwoch die Brüsseler Kommission dazu bringen, beim Europäischen Gerichtshof gegen eine Verordnung des Bonner Umweltministers Klaus Töpfer zu klagen. Die neue Bonner Pfandverordnung für Plastikflaschen, die den Hausmüll reduzieren soll, hält Bange-